

Newsletter

Nr. 46 / März 2014

Editorial

Liebe Leser_innen,

vor einigen Tagen zog die Bundesregierung ihre 100 Tage-Bilanz. Während die Große Koalition mit ihrer Arbeit zufrieden ist, üben vor allem Migrantenorganisationen auf Bundes- und Landesebene Kritik. Konkret geht es dabei um die Themen der Mehrstaatlichkeit und Optionspflicht.

Im Koalitionsvertrag heißt es:

„Deutschland ist ein weltoffenes Land. Wir begreifen Zuwanderung als Chance, ohne die damit verbundenen Herausforderungen zu übersehen. In den letzten Jahren haben wir bei der Teilhabe von Zuwanderern und dem Zusammenhalt unserer Gesellschaft wesentliche Fortschritte erzielt... Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für alle gilt selbstverständlich die Wertordnung des Grundgesetzes.“

Für in Deutschland geborene und aufgewachsene Kinder ausländischer Eltern entfällt in Zukunft der Optionszwang und die Mehrstaatigkeit wird akzeptiert. Im übrigen bleibt es beim geltenden Staatsangehörigkeitsrecht (Seite 105)“

Menschen mit Migrationsgeschichte, die seit mehreren Generationen in Deutschland leben und mit ihrem Land - also Deutschland - verbunden sind, erwarten mit Recht von der Politik erst gemeinte Signale der Anerkennung und Zugehörigkeit. Es handelt sich hier nicht um "Willkommenskultur", sondern um ein Signal der Anerkennung und das Zeichen dafür, tatsächlich Teil der Bevölkerung zu sein. Diese Tatsache sollte nicht immer wieder durch Gesetze und politische Statements in Frage gestellt werden. Die Signale der Politik

beeinflussen nicht nur das Denken der Gesamtbevölkerung, sondern auch das Handeln der Menschen. Jugendliche, aber auch Akademiker_innen mit Migrationsgeschichte fragen zu Recht, ob es ernst gemeint ist mit der "Willkommenskultur", wenn sie auf dem Arbeitsmarkt Diskriminierungen ausgesetzt sind. Eine aktuelle Studie belegt dies: "Diskriminierung am Ausbildungsmarkt - Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven" (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration). Die Studie zeigt auch, dass diese Problematik auch besonders für Menschen mit türkischer Migrationsgeschichte gilt.

Die „Salamitaktik der Willkommenskultur“ führt bei Menschen mit Migrationsgeschichte zu Resignation, zu Rückzugstendenzen, oder sogar zur Auswanderung. So zum Beispiel bei den Akademiker_innen türkischer Herkunft, die auf Grund von Diskriminierung im Alltag und auf dem Arbeitsmarkt, Deutschland den Rücken kehren.

Deutschland befindet sich, was die Attraktivität für ausländische Fachkräfte betrifft, eher im Mittelfeld. Dies hängt sicherlich mit den ständig geführten Integrationsdebatten zusammen, in denen Deutschland sich eben nicht weltoffen zeigt.

Deshalb begrüßt die AGARP die Bundesratsinitiative der Länder Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein und fordert die Landesregierung- insbesondere die Landtagsfraktion der CDU- auf, sich für die ersatzlose Streichung des Optionszwangs aus dem Staatsangehörigkeitsrecht einzusetzen.

Ihr AGARP-Redaktionsteam

Inhalt

| | |
|---|---|
| Editorial | 1 |
| Antwort der Bundesregierung zu racial profiling | 2 |
| Übergriffe auf Asylunterkünfte | 2 |
| Dossier zur Asylpolitik | 2 |
| Buchtipps | 3 |
| Kommunales Wahlrecht im EU vergleich | 3 |
| Begabtenförderung | 3 |
| Fördertöpfe | 4 |
| Internationaler Weltfrauentag | 4 |
| Abschaffung Optionspflicht | 5 |
| Sprachnachweis im Bereich Medizin und Pflege | 5 |
| Aufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende in Trier | 6 |
| Kick off Beiratswahlen 2014 | 6 |
| FSV 05 erhält Integrationspreis | 6 |
| Wegweiser für Migrant_innen | 6 |

Impressum

Herausgeberin:
AGARP. Arbeitsgemeinschaft der
Beiräte für Migration und
Integration in Rheinland-Pfalz
Frauenlobstr. 15-19
55118 Mainz

Redaktion und Texte:
J. Adler, N. Canpolat,
I. Hoensch, F. Kocatürk,
S. Özen, E. Secker,
S. Soendgen,
S. Steller, H. Tor, C. Wittmer

Kontakt
info@agarp.de
Tel. 06131/ 638435

